

Protest gegen Kürzungen formiert sich

Mehr als 50 Institutionen sammeln Unterschriften
gegen angedachte Einsparungen im Sozialbereich

WIESBADEN (hol). Weit mehr als 50 Trägerinstitutionen der Sozialen Arbeit, Vereine und Elternvertretungen in Wiesbaden stellen sich gemeinsam gegen die angedachten Haushaltskürzungen im Sozialbereich im kommenden Doppelhaushalt. Die Rede war von Kürzungen von bis zu 50 Millionen Euro jährlich.

Unter dem Motto „Finger weg vom Sozialetat!“ setzen sich die Einrichtungen aus unterschiedlichsten Bereichen gemeinsam für ihr Anliegen ein und sammeln Unterschriften. Alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener seien eingeladen, sich den Forderungen anzuschließen, um die kommunalpolitisch Verantwortlichen von diesen Kürzungen abzubringen. Unterschriftenlisten werden von den unterstützenden Institutionen ausgelegt.

Vielfalt darf nicht abhängig von Steuerschätzung sein

„Wir alle sind Wiesbaden!“, heißt der erste Satz einer gemeinsamen Erklärung. Wiesbaden brauche ein funktionierendes Sozialsystem. Die Träger der Sozialen Arbeit sicherten dies. Die Vielfalt der sozialen Landschaft dürfe nicht abhängig von der jeweiligen Steuerschätzung sein. Die Initiatoren des Protests verweisen darauf, dass 80 Prozent des Sozialhaushalts gesetzlich vorgeschriebene Leistungen sind. Die sogenannten freiwilligen Leistungen seien kein extra „Luxus“, sondern dringend nötig, um zum Beispiel Familien zu entlasten.

Die angekündigte Erhöhung der Kita-Beiträge und der Nachmittagsbetreuung an Schulen, das Schließen von

Jugendzentren, Kürzung der Stellen bei Kinder-Eltern-Zentren wolle man nicht hinnehmen.

„Wir werden alle alt!“, heißt es weiter. Es sei eine gesellschaftliche Aufgabe, Isolation und Einsamkeit entgegenzuwirken. Auch in diesem Bereich seien Kürzungen nicht hinzunehmen. Bereits die Ankündigung hätten zu Verunsicherung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt. Schwierig, wenn diese sich neue, weil sicherere Arbeitsplätze suchten.

Betriebswirtschaftliches Risiko für freie Träger

Für alle Träger seien kurzfristige massive Kürzungen planerisch und wirtschaftlich nicht abzubilden. Insbesondere freie Träger sehen sich einem immensen betriebswirtschaftlichen Risiko ausgesetzt, es könne sein, dass Einrichtungen geschlossen werden müssten.

Bisher handelt Wiesbaden sozialpolitisch nach dem Prinzip „Ungleiches mit Ungleichen behandeln“. Dem werde mit den vorgesehenen Kürzungen massiv widersprochen. „Unsere Aufgabe besteht darin, das Gemeinwesen zu stärken, demokratische Strukturen zu fördern, die Folgen von Armut zu lindern und abzubauen, Integration und Chancengleichheit zu erhöhen und Perspektiven für ein gelingendes Miteinander in der Stadtgesellschaft aufzuzeigen“, so die Initiatoren des Aufrufs abschließend. Sie appellieren an alle Wiesbadener, ihre Unterschrift zu leisten.



Unterschreiben kann man auf
der Seite www.finger-weg-vom-sozialetat.de.